

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 26 Pf. einschließl. des „Austz.“ Postgebühren.
u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insetionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verensprecher Nr. 210.

Nr. 8.

54. Jahrgang.

Donnerstag, den 17. Januar

1907.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Büstenhölzfabrikanten und Gastwirts **Ernst Gottlob Schlesiger** in Reuheide wird heute am 14. Januar 1907, mittags 12 Uhr das **Konkursverfahren** eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Windisch in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1907 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerauswahlschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den 2. Februar 1907, vormittags 10 Uhr
den 9. März 1907, vormittags 10 Uhr
— vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaunt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 28. Februar 1907 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

Wählen ist nicht bloß das Recht, sondern auch die patriotische Pflicht eines jeden Staatsbürgers. Wer diese Pflicht vernachlässigt und ohne ausreichenden Grund von der Wahlurne fernbleibt, der versündigt sich am Vaterland und verwirkt seinen Anspruch auf volle bürgerliche Achtung.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Bei dem Fest des 75-jährigen Bestehens des Gewerbereins in Karlsruhe hielt der Großherzog von Baden eine bedeutsame politische Ansprache. Der Großherzog sagte zum Schluß seiner Rede: „Wir müssen national sein, national im höchsten Sinne des Wortes. Nichts anderes, als dieses Ziel müssen wir im Auge behalten: zu erhalten, was geschaffen worden ist. Ja, aber erhalten können wir nur, wenn wir treu bleiben unserer Aufgabe, das Reich hoch zu halten, immer mehr zu festigen und dadurch zu vergrößern. Dieses Reich, meine Herren, wollen wir leben lassen mit dem Gelöbnis, immer treu zu bleiben bei allem, was das Wohl, die Ehre und die Größe des Reiches heißt. Also ein dreimaliges Hoch auf das Deutsche Reich!“

— Die Frage, ob dem Reichspräsidenten Repräsentationsgelder zu bewilligen seien, ist wieder in den Vordergrund gerückt worden, da der bisherige Präsident Graf Ballestrem eine Kandidatur nicht wieder übernommen hat. Daß der Präsident des Reichstages zu einer gewissen Repräsentation verpflichtet ist, kann nicht bestritten werden. Die Repräsentation ist auch einigermaßen kostspielig, da das Wohngebäude des Reichstages außerordentlich reich ausgestattet und prunkhaft eingerichtet ist. Es war ja bezeichnend, daß der konservative Abgeordnete Graf Kanig seinerzeit gegen die prunkhafte Ausstattung sprach, während andererseits der Sozialdemokrat Singer sie befürwortete. Und es ist nicht minder bezeichnend, daß von sozialdemokratischer Seite die Bewilligung eines Reichszuschusses von 100 000 M. zu Repräsentationszwecken für den Reichspräsidenten als angemessen bezeichnet wurde. Wir glauben denn doch, daß eine solche Summe das Maß des nötigen und vernünftigen weit übersteigt. Es ist nicht nötig, daß der Präsident der Volksvertretung der Reizung zum Prunke, die unserer Zeit das Gepräge ausbildet, auch seinerseits nachgebe. Eine angemessene innerlich vornehm Repräsentation läßt sich mit weit geringeren Mitteln durchführen. Es wäre schlimm und nicht würdig, wenn die parlamentarische Repräsentation unter dem Zeichen des prägnanten Prunks stünde, oder wenn gar der Präsident nach plutokratischen Rücksichten gewählt werden müßte.

— Die Zahl der nationalen Katholiken scheint immer mehr zu wachsen. Aus den verschiedensten Zentrumskreisen hört man von Klagen über die Unzufriedenheit zahlreicher Katholiken über den bisherigen Zentrumskurs. Das ist dem Zentrum, das behauptet, allein die katholischen Interessen vertreten und die katholische Kirche vor einem Kulturkampf schützen zu können, sehr unangenehm. Man sucht die Sache abzuleugnen. Das hilft aber nicht viel. Weitere katholische Kreise wollen anscheinend mit der Partei eines Erzberger und Roeren drehen. So ist es auch jetzt im Wahlkreis Roeren, in Saarburg-Saarlouis zu einer Spaltung in der Zentrumspartei gekommen. Dort ist ein Gegenkandidat aufgestellt worden, der mit der Regierung gehen will. Auch die deutschen Katholiken der Ostmark wollen von der Zentrumspolitik nichts wissen. In ihrem Organe, der „Katholischen Rundschau“, heißt es u. a.: „Wir sehen in dem ablehnenden Beschlusse der Zentrumsfraktion ein sehr bedauerliches Zeichen dafür, daß in dieser Fraktion der Sinn für die Bedeutung nationaler Fragen nicht in der Weise entwickelt ist, wie dies für eine Partei, welche im deutschen Reich eine führende Rolle spielen will, als unbedingte Notwendigkeit gelten muß, und sind der Regierung dankbar, daß sie dem Lande gegenüber klar und deutlich ausgesprochen hat: mit einer solchen Partei kann ich nicht regieren und will ich nicht partieren!“ Der Wahlkampf sei nicht ein Zeichen, daß die Regierung die Katholiken unterdrücken wolle. Auch die katholischen Regierungen hätten ja für die Reichstagsauflösung gestimmt. Ob Antizentrumsstrebungen mitgesprochen haben, das ist freilich

eine andere Frage. Aber Zentrum ist nicht Katholizismus, so sehr man auch zentrumsseitig bestrebt sein mag, zugunsten der Wahlerfolge diese beiden Begriffe zu identifizieren und im niederen Volke damit auch Glück hat. Wenn der Reichslangler mit der Auflösung dem Zentrum den Fehdehandschuh hingeworfen hat, dann hat er es nicht getan aus Feindschaft gegen den Katholizismus, nicht deshalb, weil das Zentrum die katholischen Interessen vertritt, sondern weil es sich nicht hat versagen können, die ausschlaggebende Stellung, die es, dank dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, im deutschen Reichstag gewonnen hat, in kleinlicher, parteipolitisch und unpatriotischer Weise zu mißbrauchen. Die „Katholische Rundschau“ weist endlich noch darauf hin, daß seit der Beendigung des Kulturkampfes „das Zentrum Wade gewandelt ist, mit denen die nationaldenkenden Katholiken immer weniger einverstanden sein konnten“, ja sie geht so weit, festzustellen: „Durch diese Politik hat das Zentrum die katholischen Interessen schwer geschädigt.“ Deshalb die Parole: Los vom Zentrum.

— **Wahlaufruf einer Frau.** In der „Magdeburger Zeitung“ veröffentlicht eine warmherzige Frau einen Aufruf „Zum Wahlkampfe!“, der größte Beachtung in allen Frauenkreisen verdient. Er lautet: In dieser Zeit des Wahlkampfes lassen sich wieder die Frauenrechtlerinnen hören mit ihrer Forderung, auch der Frau müsse das Wahlrecht bewilligt werden. So wenig dieser Wunsch im deutschen Lande Aussicht auf Erfüllung hat, so sehr muß doch auf eine Teilnahme der Frau an der Wahlarbeit gehofft werden. Deutsche Frauen, Mütter, und erwachsene Töchter! In der Kinderstube, an dem Arbeitstisch der halbwüchsigen Schüler ist der Ort, wo Ihr als Verkörperinnen der Vaterlandsliebe reden sollt! In die Herzen Eurer Knaben pflanzt heilige und nachhaltige Begeisterung für die große Sache unserer Kolonien und beeinflusst so unbewußt, aber um so wirksamer das Gemüt des heranwachsenden Geschlechts. Dieses wichtige Amt will und kann auch kein Mann streitig machen, hier in den geweihten Räumen Eures Hauses herrscht Ihr, und Euer Einfluß wird je mehr wachsen, je eifriger Ihr Eure Mission erfahrt. Die Zukunft unseres Volkes liegt in Eurer Hand, deutsche Mütter, deutsche Lehrerinnen, deutsche Schwestern! Buchert mit dem Bande, das Euch in den Seelen Eurer Kinder, Schüler und Geschwister gegeben ist! Die nächste Generation wird zeigen, ob der Deutsche noch immer recht hat, auf die Frauen als Hüterinnen der höchsten Güter der Menschheit stolz zu sein. In diesem Ziele, Euren Kindern den Stolz auf unseren Kaiser, die Freude am Erblande des Reiches, die Zuversicht zu dem Gedeihen der notwendigen Kolonien einzupflanzen, tretet in den Wahlkampf und nehmet an ihm Anteil! Freudig und stolz auf Euch, werden die Männer Euch diese Aufgabe überlassen, sie ist die höchste und wichtigste: denn sie umschließt die Zukunft des Vaterlandes.

— **Hamburger Blätter** melden, daß dort eine Sammlung für einen nationalen Wahlfonds eingeleitet worden ist, deren Erträgnis dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zugute kommen soll. Geplant ist die Unterstützung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie; auch andere Wahlverbände, z. B. gegen das Zentrum gerichtete, sollen unterstützt werden. Die mit einem Aufruf veröffentlichte erste Sammlung ergab 10 000 Mark.

— **Rußland.** Petersburg, 15. Januar. Heute abend 11 Uhr erfolgte in der Städtischen Kreditgesellschaft eine Explosion, durch die das Gebäude in Flammen gesetzt wurde. Es sind auch Verluste an Menschenleben zu beklagen. Näheres liegt noch nicht vor.

— **Vom Balkan.** Entsetzliche Nachrichten über eine abermalige Niedermetzerei mazedonischer Griechen kommen aus Saloniki. In dem Orte Cleponnau setze eine Bande Bulgaren sämtliche Häuser des Dorfes in Brand und sahen kaltblütig zu, wie die Insassen verbrannten. Diejenigen, die aus den Flammen entkamen, wurden niedergeschossen. Die ganze Bevölkerung des Dorfes, etwa 280 an der Zahl, wurden auf diese graumilde Weise umgebracht.

— **Amerika.** New-York, 15. Januar. (Meldung der „Associated Press“.) Die Stadt Kingston auf Jamaika ist durch ein Erdbeben zerstört worden. Viele Menschenleben sind vernichtet. Das Kabel nach Kingston, sowie dasjenige nach Panama über Jamaika ist unterbrochen; der Landtelegraph ist bis auf eine Entfernung von fünf Meilen von Kingston wiederhergestellt. Die „Western

Union Telegraph Company“, die die Nachricht von dem Erdbeben zuerst verbreitete, hat sie von ihrem Vertreter in St. Thomas erhalten.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— **Eibenstock, 16. Januar.** Nächsten Sonntag, den 20. dieses Monats, gibt der Männergesangsverein „Liedertranz im Deutschen Hause ein Konzert. Der Verein, welcher unter der tüchtigen musikalischen Leitung des Herrn Lehrer Kunze steht, hat sich bemüht, nur Gutes zu Gehör zu bringen. Auf die Zusammenstellung des Programms ist die größte Sorgfalt verwendet worden. Es kommt unter andern zur Aufführung gleichzeitig zur Nachfeier des Tages der deutschen Reichsgründung: „Siegesgesang der Deutschen im Teutoburger Walde“ (Chor mit Orchester). Da die Besucher einen genussreichen Abend erwarten können, so ist dem Verein ein volles Haus zu wünschen.

— **Eibenstock.** (Fleischbeschau Monat Dezember 1906.) Geschlachtet und untersucht wurden: 35 Rinder, 88 Kalber, 177 Schweine, 110 Schafe, 2 Ziegen; im gleichen Monat des Vorjahres: 36 Rinder, 92 Kalber, 155 Schweine, 38 Schafe, 8 Ziegen. Beanstandungen ganzer Tiere sind nicht erfolgt. Viertel wurden beanstandet bei Rindern in 6, bei Schweinen in 7 und bei Schafen in 51 Fällen, und zwar wegen Tuberkulose bei Rindern in 4 Fällen. Vorgenannte Viertel gelangten an die Kavallerie zur Ablieferung.

— **Eibenstock.** In den letzten Jahren ist als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten die Desinfektion der Wohn- und Schlafzimmer, der Bekleidungs- und Gebrauchsgegenstände erkannt worden. Bei dem Auftreten besonderer Krankheiten ist die Desinfektion sogar behördlich vorgeschrieben. Es haben daher auch kleinere Gemeinde-Verwaltungen besondere Apparate beschafft, mit denen die Desinfektionen ausgeführt werden. Unsere Stadtverwaltung besitzt auch einen solchen Apparat. Derselbe wird zu jeder Desinfektion, die nicht schon durch Gesez angeordnet ist, gern zur Verfügung gestellt. Die Kosten sind verhältnismäßig sehr gering, sodas auch deshalb der Gebrauch recht empfohlen werden kann.

— **Hundshübel, 13. Januar.** Heute fand im Saale des unteren Gasthofes eine von der sozialdemokratischen Parteileitung einberufene, öffentliche Wählerversammlung statt. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Kandidaten, Herrn Grenz, sprach ein Herr Altermann aus Chemnitz. Er ist im Wahlkreis bereits durch sein Eingreifen in den Redekampf bekannt, der sich anlässlich des Auftretens des Herrn Koch in Eibenstock entspann. Herr Altermann versuchte mit den bekannnten sozialdemokratischen Scheingründen nachzuweisen, daß die Arbeiterfrage ihre wirtschaftliche Lösung nur durch die Sozialdemokratie finden könne. Nur die weitestgehende Fürsorge für das Arbeiterwohl habe die Sozialdemokratie veranlaßt, und sei auch jetzt noch für sie Beweggrund, gegen Arme, Motten, Kolonialpolitik und vor allem gegen die Sozialgesetzgebung zu stimmen, die ungenügend und für den Arbeiter deshalb völlig unannehmbar gewesen sei. — Ihm entgegnete in dreiviertelstündiger Rede Dr. Rechtsanwalt Daßfurth aus Eibenstock. Seine Ausführungen gipfelten im Wesentlichen in dem Nachweise, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer hochtrabenden Versprechungen da, wo es sich um das wirkliche Arbeiterwohl handelte, nicht die geringste praktische Mitarbeit geleistet hat. Er stellte fest, daß die doch recht bedeutame, von der Sozialdemokratie nachträglich doch immerhin als „Abschlagszahlung“ bezeichnete soziale Gesetzgebung allein von den bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokratie geschaffen worden ist. Dabei erwähnte er u. a. die bezeichnende Tatsache, daß schon jetzt die durch die Versicherungsgesetze den Arbeitern zufließenden Beträge die Höhe von täglich 154 000 Mark — also jährlich 461 Millionen — erreichen; vor allem auch betonte der Redner den revolutionären und internationalen Charakter der deutschen Sozialdemokratie im Gegenfage zu der nur wirtschaftliche Zwecke verfolgenden Arbeiterorganisation anderer Kulturländer. Seine Behauptungen belegte er zum ersten Punkte durch umfangreiches Zahlenmaterial und weiter durch den Hinweis auf die von der Sozialdemokratie gebilligten politischen Neuschandepen in Rußland, sowie die wörtliche Wiedergabe von offiziellen Ausprüchen als maßgebend anerkannter sozialdemokratischer Parteigrößen. Er wies in seinem Schlußworte nach, daß die Arbeiterklasse aus wirt-